

Vorwort – Neue Beteiligung und alte Ungleichheit?

Soziale Benachteiligung betrifft heute einen wachsenden Teil der Bevölkerung. Sie äußert sich u. a. in Langzeiterwerbslosigkeit, prekären Arbeitsverhältnissen, kulturellen Erfahrungen des Abstiegs und mangelnden Aufstiegschancen. Oft haben allerdings Medienöffentlichkeit und Politik weniger das Vorhandensein von Ungleichheit, als Vielmehr die Nichtbeteiligung benachteiligter Gruppen sowie deren Skeptizismus gegenüber der Demokratie problematisiert.

In seiner autobiografischen Milieubeschreibung „Rückkehr nach Reims“, untersucht der Soziologe Didier Eribon den Aufstieg des Rechtspopulismus innerhalb der ehemaligen Arbeiterschaft an der französischen Peripherie. Dieser resultierte aus politischer Resignation dieses vom sozialen Abstieg betroffenen Bevölkerungsteils, speiste sich aber auch aus vorhandenen Stereotypen und Ressentiments. Menschen wandten sich vor allem vom Universalismus linker Parteien ab, weil sich deren Inhalte immer weniger mit der Benennung und Beseitigung von Ausgrenzung befassten. Die Sprache dieser Parteien entsprach nicht länger dem Milieu, dessen Emanzipation sie sich einst verschrieben hatten.

Auch andere gesellschaftswissenschaftliche Zugänge verweisen darauf, dass es bei der Abwendung marginalisierter Gruppen oft um den Verlust einer gemeinsamen Sprache geht. Diese Gruppen erleben das Vokabular politischer Repräsentantinnen und Repräsentanten als fremd und abgehoben. In der Folge sehen Benachteiligte Probleme des Gemeinwesens nicht länger als die ihren an. Auf der anderen Seite zeigen Studien zur Responsivität parlamentarischer Entscheidungen eine stetig sinkende Relevanz sozialer Themen in den Ergebnissen politischer Aushandlungen.

Demgegenüber müsste eigentlich die lokale Demokratie größeres Vertrauen genießen als ihre Geschwister in den Hauptstädten der Länder, des Bundes und Europas. Denn hier sind Repräsentantinnen und Repräsentanten oft greifbar, Entscheidungen haben unmittelbare Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit und auch die Sprache weist oft eine lokale Färbung auf. Jedoch zeigten unter anderem empirische Analysen des vhw, dass auch unterhalb der Kommunalebene benachteiligte Gruppen Vorbehalte gegenüber den Beteiligungsangeboten von Zivilgesellschaft und repräsentativer Politik haben, während informelle Partizipationsformate kaum bekannt sind. Oft fühlen sich Menschen durch Lokalpolitik kaum angesprochen und zweifeln an deren Kraft zur Veränderung.

Daher musste in den Praxisforschungsprojekten des vhw zunächst der richtige Ausdruck und eine angemessene Tonalität entwickelt werden, um die Benachteiligten in den Quartieren für Beteiligungsprozesse zu gewinnen. In vielen Jahren wurden zahlreiche, teils kreative Lösungen gefunden, um die richtige Sprache zur Verständigung zu finden. Dazu gehörten zielgruppengerechte Einladungen sowie wertschätzend und reflexiv moderierte Dialoge. Anderswo gelang Ansprache mithilfe von Brückenbauerinnen und Brückenbauern, wie z. B. Kulturmittlerinnen, Stadtteilmüttern, Lehrerinnen und Lehrern oder Jugendsozialarbeiterinnen und -arbeitern. Die gewonnenen Perspektiven bereicherten diese Abwägungsprozesse und erhöhten die Legitimität der Entscheidungen.

Deutlich wurde, dass es Menschen braucht, die Brücken zwischen der Welt der Politik und den Realitäten benachteiligter Gruppen schlagen. Sie verfügen über Gebietskenntnisse, erfüllen Vorbildfunktionen und sprechen die Sprache der Menschen

vor Ort. Aber gerade politisch aktive Personen in marginalisierten Lagen sind in den Beteiligungsformaten meist in der Minderheit.

Das Potenzial dieser Gruppe untersuchte die Studie „Neue Beteiligung und alte Ungleichheit?“ im Auftrag des vhw. Das Forscherteam um Prof. Norbert Kersting und Jan Kaßner von der Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster ging dabei verschiedenen Fragen nach. Sie betrachteten, wer diese aktiven Menschen sind, welche Rolle ihre individuelle Marginalisierungslage beim Ergreifen politischer Partizipation spielt und welche Strukturen ihre Beteiligung begünstigen. In Fallstudien kamen diejenigen zu Wort, die sich trotz sozialer Benachteiligung z. B. durch Erwerbslosigkeit, Frühverrentung, Behinderung oder Fürsorgeverantwortung als Alleinerziehende oft seit Jahren politisch einbringen. Die Autoren beleuchten zudem, wie sich politische Angebote und der räumliche Kontext benachteiligter Quartiere auf die Motivation sowie die Art und Weise auswirken, Politik selbst in die Hand zu nehmen.

Die vorliegende Studie ist als Debattenbeitrag zu verstehen, der einen Contra-Punkt setzt gegen die Zeichnung marginalisierter Gruppen als apathisch, politisch abstinenter oder als Mobilisie-

rungsmasse populistischer Akteure. Vielmehr zeigt sie, dass viele Aktive die Politik als Mittel zur Überwindung von Marginalisierungslagen durch gemeinsames Handeln sehen. Sie wollen sich mit sozialen Verhältnissen auseinandersetzen und sich selbst, den Menschen in ihrem Umfeld sowie der Gesellschaft helfen. Zudem leistet die Studie einen Beitrag zur Weiterentwicklung von Beteiligungsformaten und liefert Handlungsempfehlungen für lokale Akteure der sozialen Arbeit und Gemeinwesenarbeit, für die Zivilgesellschaft sowie Initiativen und soziale Bewegungen.

Die Gesellschaft steht angesichts sich wandelnder Formen sozialer Ungleichheit immer wieder vor der Herausforderung, Inklusion in der politischen Partizipation zu gewährleisten. Bei der Politik liegt dabei nach wie vor die Beweislast zu zeigen, dass sie in der Lage ist, die konkreten Lebensbedingungen für Menschen zu verbessern.

Steffen Jähn und Dr. Thomas Kuder

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung